

Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 12.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-B Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen

1 Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen

2 Bildung ermöglicht. Von Anfang an gibt Bildung Kindern, jungen Menschen und Erwachsenen bis
3 ins hohe Alter die Möglichkeit, sich zu entfalten. Altes zu hinterfragen und Neues zu
4 entdecken. Bildung und Inklusion schaffen die Grundlagen, den eigenen Weg im Leben
5 selbstbestimmt gehen zu können. In zukunftsgerichteter Bildungspolitik, Aus- und
6 Weiterbildung, in visionärer Forschung und kluger Wissenschaftspolitik liegt unendlich viel
7 Potenzial, um dieses Land gerechter, moderner und krisenfester zu machen. Deshalb brauchen
8 wir sozial diverse und inklusive Schulen, in denen junge Menschen so lange wie möglich
9 gemeinsam lernen. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sowie die klassische
10 Umweltbildung sind der Schlüssel zur notwendigen gesellschaftlichen Transformation. Sie
11 befähigt Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln, zur Gestaltung und Teilhabe an
12 einer demokratischen und pluralen Gesellschaft sowie zum Verstehen der Auswirkungen des
13 eigenen Handelns auf die Welt. BNE ermöglicht den Menschen, sich aktiv an der Gestaltung
14 einer ökologisch verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten
15 Gesellschaft zu beteiligen.

16 Ein gutes Bildungssystem ist essenziell für gleiche Lebenschancen und Zusammenhalt in einer
17 vielfältigen Gesellschaft. Aber viel zu sehr hängt der Lebenslauf in Deutschland noch von
18 der Familie, dem Namen oder dem Wohnort ab statt von den eigenen Fähigkeiten. Und die
19 Pandemie verschärft die ohnehin zu große soziale Ungleichheit: Wo Kinder und Jugendliche auf
20 wenig Förderung von zu Hause hoffen können, wo der Zugang zu Laptops oder Tablets fehlt und
21 kein Elternteil helfen kann, drohen sie dauerhaft den Anschluss zu verlieren. Die Kinder und
22 Jugendlichen, die am stärksten von der Krise getroffen wurden, benötigen daher die meiste
23 Unterstützung. Doch auch insgesamt führten die Schulschließungen zu einer Bildungslücke quer
24 durch alle Jahrgänge, es fehlten das gemeinsame Lernen, die Gespräche, das Zusammensein
25 auf dem Pausenhof, was sich bei Kindern und Jugendlichen auch auf die kognitive und soziale
26 Entwicklung auswirken kann. Kinder und Jugendliche haben in der Pandemie besondere
27 Verzeitleistungen erbracht – die Einschränkung von Kontakten trifft sie in ihren
28 Entwicklungsmöglichkeiten härter als Erwachsene. Wir sind es ihnen schuldig, sie endlich in
29 den Mittelpunkt von Politik zu stellen.

30 Gleiche Lebenschancen für alle Kinder heißt, dass wir uns für gemeinsames Lernen und
31 individuelle Förderung für alle Kinder von der KiTa (Kita und Kindertagespflege) bis zum
32 Schulabschluss einsetzen. Die soziale Spaltung zwischen Schulen sowie KiTas möchten wir
33 überwinden, auch durch gezielte Investitionen des Bundes, die lokal verteilt werden. Denn
34 wir wollen KiTas und Schulen, in die Kinder und Jugendliche, aber auch Erzieher*innen und
35 Lehrer*innen gleichermaßen gerne gehen. Und zwar egal ob auf dem Land oder in der Stadt, ob

36 in ärmeren oder reicheren Vierteln. Erzieher*innen und Lehrer*innen sind jederzeit
37 systemrelevant, diese Wertschätzung sollte sich in ihrer Arbeit, ihrer Bezahlung und in der
38 Ausstattung widerspiegeln. Schulen sollen attraktive Orte sein. Dafür brauchen sie nicht nur
39 schnelles Internet und saubere Toiletten, sondern auch zeitgemäße Raumkonzepte mit
40 genügend
41 Platz für vielfältige und inklusive Lernformen. Multiprofessionelle Teams sollen Kindern in
42 ihren unterschiedlichen Bedürfnissen bestmögliche Unterstützung bieten. Dafür brauchen sie
43 gute Aus- und Weiterbildung, sichere Berufswege und einen guten Lohn. Kulturelle Bildung
44 muss zu einem elementaren Bestandteil unseres Bildungssystems werden. Da die Weichen am
45 Anfang gestellt werden, müssen dorthin auch die meisten Ressourcen fließen. Vor allem für
46 KiTas und den Primarbereich werden wir die Investitionen deutlich erhöhen, auch um den
47 Sanierungsstau an Schulgebäuden zu beheben. Zur bundesweiten Förderung von Schüler*innen
48 bedarf es einer einfachen Fördermittelbeantragung durch die Schulen ohne bürokratische
49 Hürden des Bundes.

49 Bildung ist ein Recht für jedes Alter und jeden Lebensweg. Ein Lebenslauf lässt sich nicht
50 am Reißbrett planen, darum müssen unsere Bildungswege flexibel und durchlässig sein. Abitur
51 auf dem zweiten Bildungsweg, der Beginn einer Lehre mit Mitte 30 oder der erste
52 Studienabschluss überhaupt in der Familie – das alles muss möglich sein und darf nicht davon
53 abhängen, ob es von zu Hause finanzielle Unterstützung gibt. Ob Ganztags- oder Abendschule,
54 ob duale Berufsbildung, Weiterbildung oder Studium, ganz gleich, ob als Handwerker*in am
55 Bau, als Angestellte*r im Büro, freiberuflich oder selbständig im eigenen Betrieb: Wir
56 unterstützen die vielfältigen Lebensbahnen und die dazu passenden Bildungsverläufe. Dem
57 Trend, dass eine wachsende Zahl von Schüler*innen ohne Abschluss die Schule verlässt, wollen
58 wir entgegenwirken.

59 Auch die Auszubildenden und Student*innen leiden unter den Auswirkungen der Pandemie.
60 Sicher
61 geglaubte Ausbildungsplätze sind weggefallen, manche Studierende haben noch nie einen
62 Hörsaal von innen gesehen. Gerade weil dies eine entscheidende Lebensphase der
63 Neuorientierung ist, stehen wir in der Pflicht, Sicherheit und Perspektiven zu schaffen.
64 Alle Studierenden, die durch die Pandemie in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind,
65 sollen im Rahmen einer Nothilfe über das BAföG Unterstützung erhalten. Studienkredite halten
66 wir aufgrund des Verschuldungsrisikos für kein geeignetes Unterstützungsmittel. Für alle,
67 die eine Ausbildung anstreben, wollen wir einen guten Ausbildungsplatz und eine gute
68 Ausbildung garantieren.

68 Um die großen Krisen einzudämmen – die Klimakrise, Pandemien –, sind Kreativität,
69 Forschungsgeist sowie die Transformation unseres Bildungs- und Wissenschaftssystems die
70 Grundlage. Damit Innovationen der Allgemeinheit zugutekommen, muss für die Entwicklung
71 auch
72 öffentliche Infrastruktur zur Verfügung stehen. Ein gutes Leben wird auch künftig möglich
73 sein, weil Wissenschaftler*innen, Künstler*innen und Forscher*innen in Betrieben,
74 Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen permanent und mit Leidenschaft an neuen
75 Ideen arbeiten, an Antworten auf Fragen, die wir noch gar nicht gestellt haben. Aber sie
76 können neuartige Impf- oder alternative Antriebsstoffe, neue ökonomische Wohlstandskonzepte
77 oder nachhaltige Geschäftsmodelle nur dann entwickeln, wenn sie eine gut ausgestattete

77 Forschungsumgebung haben und sie Neues mit ungewissem Ausgang erforschen und
 ausprobieren
 78 können. Sie brauchen für ihre Arbeit optimale und verlässliche Bedingungen, unnötige
 79 bürokratische Hürden sollten wir abbauen. Wissenschaftliche Kooperationen mit den
 80 europäischen Partner*innen, vor allem unter den Hochschulen, tragen maßgeblich zur
 81 Attraktivität und Innovationsdynamik des deutschen Wissenschaftssystems bei, deshalb wollen
 82 wir sie stärker fördern. Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik wollen wir vermehrt
 83 zusammen denken, um den Europäischen Forschungs- und Hochschulraum mit Leben zu füllen
 und
 84 Quellen zukünftigen Wohlstands zu begründen.

85 Wissenschaft zeigt immer wieder neue Denkhorizonte und Möglichkeiten auf und ändert so den
 86 Lauf der Dinge. Sie gibt eine zentrale Orientierung für politisches Handeln, das zeigen
 87 Klimakrise und Pandemie. Aber in Zeiten von Informationsfilterblasen und
 88 Verschwörungsideologien werden wissenschaftliche Erkenntnisse öffentlich in Zweifel gezogen.
 89 Nötig ist ein verständlicher und interdisziplinärer Wissenschaftsdialog, der Wissenschaft
 90 und Gesellschaft näher zusammenbringt – durch partizipative Formate und Förderung der
 91 Wissenschaftskommunikation.

92 **Wir fördern gute Bildung von Anfang an**

93 **Für jedes Kind einen KiTa-Platz in einer guten KiTa**

94 Egal, aus welcher Ecke Deutschlands und aus welchem Elternhaus, alle Kinder brauchen die
 95 Chance auf ein gutes und geborgenes Aufwachsen. KiTas haben einen entscheidenden Anteil
 96 daran. Als Orte früher Bildung schaffen sie Halt, wecken Neugier, vermitteln Freude am
 97 Zusammensein mit Gleichaltrigen und begleiten beim Großwerden. Aus Neugier und
 98 Entdeckungslust wird hier der Grundstein für Lernen und Kompetenzerwerb gelegt. Sie sind die
 99 erste Stufe des Bildungssystems. Jedes einzelne Kind hat eigene Bedürfnisse und braucht
 100 individuelle Förderung, auf die in der KiTa eingegangen wird. Mit einem
 101 Bundesqualitätsgesetz sorgen wir dafür, dass Spitzenqualität in die Einrichtungen kommt,
 102 denen wir unsere Kleinsten anvertrauen. Diese Spitzenqualität muss sich auch in einer
 103 entsprechenden Infrastruktur abbilden. Kinder brauchen Bewegung und ausreichende
 104 Bewegungsflächen. Die Zeit, die Fachkräfte für die Kinder haben, ist entscheidend dafür,
 105 dass sich Kinder wohlfühlen und individuell gefördert werden können. Deshalb wollen wir mit
 106 Mindeststandards sicherstellen, dass sich Erzieher*innen und andere pädagogische Fachkräfte
 107 um höchstens vier unter Dreijährige oder neun Kinder ab drei Jahren gleichzeitig kümmern.
 108 Inklusive Einrichtungen benötigen abhängig vom Förderbedarf der Kinder einen besseren
 109 Betreuungsschlüssel. Darüber hinaus müssen sie genügend Zeit für Vor- und Nachbereitung,
 110 Zusammenarbeit mit Familien, Netzwerkarbeit im Sozialraum und Fortbildungen haben. Den
 111 Fachkräften in den KiTas stärken wir den Rücken mit Fachberatung, Supervisions- und
 112 Mentoring-Programmen, Lernortkooperationen und Unterstützung für berufliche
 113 Weiterentwicklung innerhalb des KiTa-Systems. Damit alle Kinder einen Platz in einer guten
 114 und inklusiven KiTa bekommen können, wollen wir das Engagement des Bundes beim
 Platzausbau
 115 weiterführen und verstärken. Eltern, insbesondere Alleinerziehenden, ermöglicht ein
 116 Kinderbetreuungsplatz gesellschaftliche wie berufliche Teilhabe. Der KiTa-Platz muss den

117 Lebens- und Arbeitsrealitäten von Eltern gerecht werden. Auch bei Schicht- und
 118 Wochenendarbeit muss es Angebote geben.

119 **Mehr Fachkräfte in KiTas, Horten und Schulen**

120 Die pädagogischen Fachkräfte in KiTas, Horten oder Schulen tragen eine hohe Verantwortung,
 121 denn sie prägen den Lebensweg von Kindern bereits in sehr frühen Jahren entscheidend mit.
 122 Doch diese Verantwortung spiegelt sich noch nicht ausreichend in der Bezahlung der
 123 Fachkräfte wider. Für die wichtige Arbeit, die Erzieher*innen, Lehrkräfte und andere
 124 Pädagog*innen im Bildungssystem und in der Jugendhilfe leisten, brauchen sie einen guten
 125 Lohn und gute Arbeitsbedingungen. Mit einer wirkungsvollen Fachkräfteoffensive wollen wir
 126 zudem für faire Ausbildungsvergütungen, Weiterentwicklungsmöglichkeiten und gute
 127 Arbeitsbedingungen sorgen, dabei darf die Ausbildung zum Erzieherinnenberuf nicht am
 128 Schulgeld scheitern. Um den Mangel an pädagogischen Fach- und Lehrkräften mit gut
 129 qualifiziertem Personal nachhaltig bewältigen zu können, wollen wir mit einem Bund-Länder-
 130 Programm hochwertige Quereinstiegsbildung fördern, bestehende Weiterbildungs- und
 131 Qualifizierungsangebote stärken und gemeinsame Qualitätsstandards sichern.

132 **Recht auf einen Ganztagsplatz für jedes Grundschulkind und gute** 133 **Lernbedingungen an weiterführenden Schulen**

134 Schulen sollen starke Orte der Bildung, der Begegnung und der Inspiration sein. Dafür
 135 brauchen sie motivierte Fachkräfte, gut ausgestattete barrierefreie Räume und Zeit. Zeit für
 136 gemeinsames Lernen und Spielen, Forschen und Entdecken, gemeinsame kulturelle, soziale und

137 demokratische Erfahrungen, Sprach- und Bewegungsförderung, individuelle Förderung und
 138 Betreuung. Dafür sind Ganztagsplätze in einer Grundschule oder einem Hort und gute
 139 Lernbedingungen an weiterführenden Schulen wichtig. Unser Ziel ist, einen individuellen
 140 Rechtsanspruch für jedes Grundschulkind auf Ganztagsbildung und -betreuung mit
 141 Qualitätsstandards umzusetzen – mit genügend Fachkräften in multiprofessionellen Teams,
 142 anregenden Räumen und Schulhöfen, einem gesunden Mittagessen und einer breit gefächerten
 143 Zusammenarbeit mit Vereinen, Musikschulen und anderen Akteur*innen vor Ort. Derartige
 144 Kooperationen wollen wir finanziell unterstützen. In der Gestaltung des Ganztages ist die
 145 Jugendhilfe ein wichtiger Partnerin der Schulen, da im Ganzttag neben dem schulischen Lernen
 146 die informelle Bildung unerlässlich ist. Leitbild sind integrierte Ganztagskonzepte für eine
 147 umfassende Persönlichkeitsbildung. Es gilt, Ganzttag und gute weiterführende Schulen für alle
 148 Kinder zu ermöglichen, ob mit Behinderungen oder ohne. Wir bekennen uns zum Bewegungsziel

149 der WHO, die körperliche Inaktivität von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bis 2030 um
 150 15 Prozent zu senken. In jedem Ganzttag soll mindestens ein Bewegungsangebot zur Auswahl
 151 stehen. Der Anspruch auf Integrationshilfe muss überall gelten – über die individuelle Hilfe
 152 oder über eine Poollösung, gleich ob in der Ganzttagsschule oder bei Hortangeboten durch die
 153 Jugendhilfe. Die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung der Integrationshelfer*innen sollen
 154 ihre anspruchsvollen und verantwortungsvollen Tätigkeit widerspiegeln. Eltern von Kindern und
 155 Jugendlichen mit Behinderungen dürfen keine zusätzlichen Kosten entstehen. Die Umsetzung
 des

156 Rechtsanspruchs wird ein gesamtdeutscher Kraftakt. Das muss sich in der Beteiligung des
 157 Bundes an den Kosten widerspiegeln. Um alle Grundschulen auf ihrem Weg zu inklusiven Orten
 158 der Ganztagsbildung zu unterstützen, werden wir ein Begleitprogramm zur Förderung einer

159 integrierten, professionsübergreifenden Schulentwicklung auf den Weg bringen und damit
160 Koordinierungsstellen fördern. Langfristig wollen wir die Schulsozialarbeit ausbauen und
161 flächendeckend als Bestandteil des Ganztags verankern.

162 **Corona-Rettungsschirm für Kinder und Jugendliche**

163 Die Pandemie hat tiefe Spuren hinterlassen, gerade bei Kindern, die es zu Hause auch davor
164 schon schwerer hatten. Sommercamps und Nachhilfe in den Kernfächern alleine werden nicht
165 ausreichen, um die Folgen der Krise zu bewältigen. Wir wollen die Kinder und Jugendlichen in
166 den Mittelpunkt rücken. Sie brauchen jetzt eine helfende Hand, ein offenes Ohr und freie
167 Räume, um den Weg in ihr normales Leben zurückzufinden. Dafür bauen wir Sport-, Erlebnis-,
168 und Kulturangebote aus und stärken die Beratung und Einzelfallhilfe für Schüler*innen sowie
169 die Vermittlung von Wissen zur psychischen Gesundheit und zu Krisen an Schulen. Mit
170 Mentor*innen, Bildungslots*innen, Schulsozialarbeiter*innen und Psycholog*innen knüpfen wir
171 ein sicheres Netz an breiter Unterstützung, um die psychische Gesundheit von unseren Kindern
172 und Jugendlichen nachhaltig besser zu schützen. Jedes zusätzliche Angebot für die
173 Krisenbewältigung soll die Qualität an KiTas, Horten und Ganztagschulen langfristig
174 voranbringen.

175 **Programm für Schulen in benachteiligten Regionen und Quartieren**

176 Bildungschancen sind Zukunftschancen. Jedes Kind hat ein Recht auf eine gute Schule, egal,
177 wo es lebt. Der Alltag sieht aber anders aus. Wir wollen dauerhafte Finanzierungswege für
178 mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen, um Regionen oder Quartiere mit Schulen mit besonderem
179 Unterstützungsbedarf zu stärken. Nachhaltige Bildungserfolge ergeben sich nur durch die
180 abgestimmte Zusammenarbeit aller am Bildungsprozess beteiligten Institutionen und Menschen

181 und durch langfristige Finanzierungswege. Wir fördern multiprofessionelle Teams, in denen
182 sich Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen, Erzieher*innen, Schulpsycholog*innen und weitere
183 in der Schule oder Region tätige Fachkräfte gegenseitig ergänzen und mit unterschiedlichen
184 Perspektiven bereichern, um die Schüler*innen und ihre Familien bestmöglich unterstützen zu
185 können. Dazu gehört es, systematische Vorsorgearbeit zu leisten, Lernrückstände zu schließen
186 und deutsche wie auch muttersprachliche Sprachfertigkeiten zu fördern. Mehrsprachigkeit
187 sollte als Reichtum begriffen werden und nicht als Defizit. Alle Akteur*innen kooperieren
188 auf Augenhöhe. So werden auch die Partizipation der Schüler*innen und die Kooperation mit
189 Eltern verbessert und Schulen werden zu Unterstützungsorten für die ganze Familie. Wir
190 wollen die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen nachhaltig besser schützen.
191 Schüler*innen sollen sich wohlfühlen können und sich in der Schule sicher fühlen. Nicht nur
192 im Klassenzimmer, sondern auch auf dem Pausenhof, in den Gängen und in den sanitären
193 Räumlichkeiten. Darum wollen wir in eine bessere Lernumgebung und höhere Bildungsqualität
194 investieren. Welche Maßnahmen für Bildungsgerechtigkeit, auch im internationalen Vergleich,
195 gut funktionieren, soll wissenschaftlich intensiver eruiert und mit Handlungsempfehlungen
196 versehen werden.

197 **Bildung auf die Höhe der Zeit bringen**

198 Bildung in der digitalen Welt ist viel mehr als Wissensvermittlung, sie ist ein Schlüssel
199 für Zukunftskompetenzen. Die Digitalisierung hat unsere Art zu leben verändert, also muss
200 sich auch unsere Art, Schule zu denken, wandeln. Dazu gehören selbstverständlich auch
201 Berufsschulen und -kollegs. Mit Lehrer*innen, die Kompetenzorientierung in den Mittelpunkt
202 des Lernens rücken, Schüler*innen, die sich spielerisch, zum Beispiel durch Game-based

203 Learning, kooperativ neue Inhalte erschließen, und Schulen, die dafür technisch optimal
 204 aufgestellt sind. Dabei müssen sowohl das technische Grundverständnis als auch die soziale
 205 Dimension der digitalen Entwicklung Thema sein. Allerdings hat die Pandemie gezeigt, dass es
 206 schon an den Grundlagen fehlt, auch im Vergleich mit anderen Ländern. Das wollen wir ändern:
 207 mit einer zeitgemäßen, datenschutzfreundlichen digitalen Ausstattung und mit Strukturen, die
 208 die Schulen beim digitalen Lehren und Lernen wirkungsvoll unterstützen – mit
 209 kontinuierlichen Fort- und Weiterbildungsangeboten für das pädagogische Fachpersonal sowie
 210 einem zentralen Ort der Beratung und des Austauschs zur Bildung in einer digitalen Welt.
 211 Hauptberufliche Administrator*innen sind notwendig, um die technische Infrastruktur an
 212 Schulen aufzubauen und zu pflegen. Wir wollen dies im Rahmen der Befugnisse des Bundes
 213 fördern. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir die digitale Ausbildung der Lehrer*innen
 214 verbessern. Wir wollen, dass Tablet oder Laptop selbstverständliche Lernmittel sind. Unser
 215 Ziel ist es, allen Schüler*innen neue Arten des Lernens zu ermöglichen und sie auch auf eine
 216 selbstbestimmte und gesunde Teilhabe in einer digitalisierten Welt vorzubereiten. Dafür
 217 wollen wir Anwendungen wie quelloffene und sichere Lernplattformen oder
 218 Videokonferenzsysteme umfassend fördern und setzen uns für die Umsetzung des Rechts auf
 219 Löschung personenbezogener Daten für Kinder ein. Zukunftskompetenzen wie Kooperation,
 220 Kommunikation, Kreativität und kritisches Denken werden immer relevanter. Diese
 221 Zukunftskompetenzen möchten wir so fördern, wie es am pädagogisch sinnvollsten ist, ob
 222 digital oder analog. Dazu gehört auch die Förderung der MINT-Themen an Schulen. Durch die
 223 Digitalisierung ist Bildung weniger ortsgebunden: Neue Freiräume für überregionale und
 224 internationale Kooperationen mit Bildungs- und Kultureinrichtungen entstehen. Um das alles
 225 umzusetzen, wollen wir auch den DigitalPakt zu einem echten gemeinsamen Vorhaben
 nachhaltig
 226 und dauerhaft weiterentwickeln – mit klaren Zielen und Zeithorizonten, die gemeinsam im
 227 Rahmen der jeweiligen Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen erreicht werden
 sollen.

228 **Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärken**

229 Wir fördern die Umsetzung des UNESCO-Programms Bildung für nachhaltige Entwicklung, das
 230 weltweit die Integration von BNE in alle Bildungsnetzwerke und auf kommunaler Ebene
 231 vorantreiben soll. BNE ist deshalb in allen Bildungsphasen und Bildungsbereichen gemäß des
 232 nationalen Aktionsplans BNE zu verankern. Um Anreize für Kommunen zu schaffen, werden in
 233 Kooperation mit den Ländern lokale und regionale Bildungsnetzwerke initiiert und
 234 unterstützt. Das vom Bund geförderte BNE-Kompetenzzentrum begleitet bereits rund 50 der
 über
 235 10.000 Kommunen in Deutschland. Es muss gestärkt werden, um mehr Kommunen Angebote
 machen zu
 236 können.

237 **Bildungszusammenarbeit von Bund und Ländern**

238 Unser Ziel ist ein Bildungssystem, das überall und für alle gute Ausgangsbedingungen für
 239 eine gebührenfreie, zukunftsgerichtete und inklusive Bildung sichert und unabhängig von
 240 Geschlecht, Herkunft, Aufenthaltstitel oder Behinderungen gleiche und gerechte Chancen
 241 garantiert. Für notwendige Maßnahmen braucht es einerseits eine ausreichende finanzielle
 242 Ausstattung der Länder, andererseits wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern
 243 und Kommunen verfassungsrechtlich absichern. So sollen Schulen zu Orten werden, die –

244 verankert in der Nachbarschaft – auf die Entwicklung der jeweiligen Potenziale der Kinder
 245 ausgerichtet sind. Schulen brauchen dafür eigene Entscheidungsspielräume. Grundlage all
 246 dessen ist jedoch eine kluge, vorausschauende, mehr Flexibilität ermöglichende
 247 Bildungsfinanzierung, vor allem in den Grundschulen und KiTas, da hier die Basis gelegt
 248 wird. In Abstimmung mit den Ländern setzen wir uns für moderne, nachhaltige und
 249 einheitlichere Bildungsziele und die Umsetzung des grundgesetzlich verbrieften
 250 Sonderungsverbots ein. In der KiTa sowie allen Schulformen müssen Kinder und Jugendliche
 251 sich frei entwickeln können und vor Diskriminierung geschützt sein. Sie brauchen dafür
 252 Ansprechpersonen und es braucht Bildungsprogramme zu Antidiskriminierung, Diversität,
 253 LSBTIQ* und Demokratieverständnis.

254 **Wir stärken Ausbildung und Studium**

255 **Sichere Ausbildungsperspektiven**

256 Trotz enormen Fachkräftemangels sinkt die Zahl der jungen Menschen, die eine
 257 Berufsausbildung beginnen. Gleichzeitig landen immer mehr in den Warteschleifen des
 258 Übergangssystems. Die duale Ausbildung muss auf sichere Beine gestellt werden. Wir wollen
 259 mit der Ausbildungsgarantie allen jungen Menschen den Beginn einer anerkannten Ausbildung
 260 ermöglichen und das Recht auf Ausbildung absichern. Dafür fördern wir verstärkt
 261 Verbundausbildungen und nutzen, wo notwendig, auch außerbetriebliche Ausbildungen.
 262 Unternehmen, die ausbilden wollen, unterstützen wir über eine Umlagefinanzierung. So kann es
 263 gelingen, dass Betriebe ermutigt werden, weiterhin und verstärkt auszubilden, und junge
 264 Menschen – gerade in ländlichen Regionen – erhalten eine Bleibeperspektive. Mit dem Ausbau
 265 und der Verbesserung der inklusiven assistierten Ausbildung und ausbildungsbegleitender
 266 Hilfen wollen wir mehr Jugendliche in Ausbildung unterstützen. Einzelne Ausbildungsbausteine
 267 sollen als Teilqualifikationen zertifiziert und anerkannt werden können, damit keine
 268 Leistung auf dem Weg zum vollwertigen Berufsabschluss verloren geht. Zudem wollen wir uns
 269 bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, dass Prüfungen in leichter Sprache vermehrt
 270 möglich gemacht werden. Damit alle Jugendlichen am Übergang von der Schule in den Beruf
 gute
 271 Beratung und in der Anfangsphase ihrer Ausbildung eine gute Betreuung aus einer Hand und
 272 unter einem Dach erhalten, unterstützen wir den Ausbau flächendeckender
 273 Jugendberufsagenturen. Wir werden die Berufsberatung und die Leistungen zur Förderung der
 274 beruflichen Qualifizierung bis zur beruflichen Ersteingliederung bündeln und gemeinsam mit
 275 der Arbeitsagentur stärken.

276 **Gleichwertige Chancen durch berufliche und akademische Bildung**

277 In Deutschland gibt es hochwertige Bildungswege, sowohl an Hochschulen als auch im dualen
 278 Berufsbildungssystem. Wir wollen, dass berufliche und akademische Bildung gleichwertige
 279 Chancen auf eine selbstbestimmte Lebensplanung und ein erfolgreiches Arbeitsleben bieten
 und
 280 eine echte Wahlfreiheit für junge Menschen besteht. Sowohl Ausbildung als auch Studium
 281 vermitteln wertvolle und vielfältig einsetzbare Fähigkeiten. Dafür müssen alle
 282 berufsbildenden Schulen gut ausgestattet sein und Ausbildungen müssen ein eigenständiges
 283 Leben oberhalb der Armutsgrenze ermöglichen. Deshalb setzen wir uns für eine
 284 Mindestausbildungsvergütung von mindestens 80 Prozent der durchschnittlichen, tariflichen
 285 Ausbildungsvergütungen ein. Abschlussvoraussetzungen für die Eingruppierung in

286 Entgeltgruppen des öffentlichen Dienstes im gehobenen und höheren Dienst wollen wir im Bund
 287 flexibilisieren und die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung bei
 288 Ausschreibungen der Bundesbehörden stärken. Daneben sind Talentscouting-Programme
 genauso
 289 wie die Begabtenförderung unabhängig vom Bildungsgang auszubauen. Ausbildung und
 Studium
 290 sind Zeit Neues zu entdecken. Deshalb sollen mehr Auslandsaufenthalte für Auszubildende und
 291 Studierende ermöglicht werden. Ebenso wollen wir Studium und Ausbildung für Menschen aus
 dem
 292 Ausland erleichtern. Wir unterstützen die Aufstockung der europäischen Förderprogramme wie
 293 ERASMUS+ und möchten, dass mindestens 10 Prozent der Auszubildenden einen
 Auslandsaufenthalt
 294 antreten können. So internationalisieren wir neben der akademischen auch die berufliche
 295 Bildung.

296 **Eine Grundsicherung in Ausbildung und Studium**

297 Wir wollen, dass sich jede*r eine schulische Ausbildung oder ein Studium leisten kann,
 298 unabhängig von der Einkommens- und Vermögenssituation der Eltern. Dafür wollen wir das
 BAföG
 299 neu aufsetzen und zu einer Grundsicherung für alle Studierenden und Auszubildenden
 umbauen.
 300 Sie soll in einem ersten Schritt aus einem Garantiebetrug und einem Bedarfzuschuss
 301 bestehen, der den Gesamtbetrag im Vergleich zum heutigen BAföG substantiell erhöht und dem
 302 Großteil des in Frage kommenden Personenkreises zugutekommt. Studierende oder
 Auszubildende
 303 bekommen den Betrag direkt überwiesen. Perspektivisch soll sie elternunabhängig gestaltet
 304 sein. Da nicht jeder Bildungsweg linear ist oder zum Teil berufsbegleitend verläuft, wollen
 305 wir die Bildungsfinanzierung noch stärker altersunabhängig konzipieren. Ein Schritt in diese
 306 Richtung ist die Einführung eines Weiterbildungs-BAföGs. Menschen mit Behinderung erhalten
 307 weiter gehende, unbürokratische Unterstützung. Studien- und Verwaltungsgebühren an
 308 staatlichen Hochschulen lehnen wir ab. Die studentische Krankenversicherung wollen wir,
 309 insbesondere mit Blick auf die Alters- und Semestergrenzen, weiterentwickeln. Solange die
 310 Regelstudienzeit relevant für die Studienfinanzierung ist, soll Engagement von Studierenden
 311 durch verbesserte Anrechnungsmöglichkeiten von ehrenamtlicher Arbeit gefördert werden. Wir
 312 wollen Studierende und ihre Vertretungen auf Bundesebene stärker einbeziehen und ihre
 313 Mitsprachemöglichkeiten in hochschul- und wissenschaftspolitischen Fragen ausbauen. Dafür
 314 wollen wir zum Beispiel auf Bundesebene den Weg bereiten, eine Vertretung aller Studierenden
 315 einzuführen. Sie soll von Studierenden vollständig selbst verwaltet werden und unabhängig
 316 von anderen Institutionen agieren.

317 **Wir ermöglichen lebensbegleitendes Lernen**

318 **Ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung**

319 Die Möglichkeit zur beruflichen Neuorientierung und der Freiraum, Neues zu lernen, sind in
 320 einer modernen Wissensgesellschaft und Arbeitswelt im Umbruch, die Chancen bieten soll,

unerlässlich. Auch durch die Corona-Pandemie ist bei vielen die Notwendigkeit entstanden, sich neue Arbeitsfelder zu erschließen. Wir wollen, dass jede*r, egal ob arbeitslos, selbständig oder angestellt, künftig selbstbestimmt neue berufliche Perspektiven entwickeln kann. Wir treten daher für einen individuellen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifizierung ein. Zur sozialen Absicherung ist für arbeitsmarktbedingte Weiterbildungen und Qualifizierungen ein auskömmliches Weiterbildungsgeld nötig, für alle anderen, die sich beruflich entwickeln oder neuorientieren wollen, ein Weiterbildungs-BAföG. So profitieren auch diejenigen, die bei der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung bislang das Nachsehen haben, etwa Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte oder Behinderungen und alle prekär Beschäftigten. Um abhängig Beschäftigten die Zeit für eine berufliche Qualifizierung und Weiterbildung einzuräumen, wollen wir einen Freistellungsanspruch mit Rückkehrrecht auf den vorherigen Stundenumfang einführen. Daneben werden wir für eine verbesserte und gebündelte Beratung und Unterstützung Bildungsagenturen aufbauen. Dort sollen sich die relevanten regionalen Träger von Weiterbildung vernetzen. Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen und faire Vergütung in der Weiterbildung ein und wollen die Volkshochschulen und ähnliche öffentliche und gemeinnützige Bildungseinrichtungen als wichtige Partner*innen der Weiterbildung unterstützen.

Alphabetisierung vorantreiben

Immer noch können mehr als gut sechs Millionen Menschen ab 18 Jahren in Deutschland nicht ausreichend lesen und schreiben. Sie haben also Schwierigkeiten, ganze Texte zu verstehen und sind somit in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe beeinträchtigt. Diese Zahlen sind 100 Jahre nach Einführung der allgemeinen Schulpflicht und in einer der reichsten Industrienationen der Welt nicht hinnehmbar. Wir wollen Geld und Kurskapazitäten bereitstellen – für Erwachsene, aber auch für Kinder. Denn die Ursachen liegen oft schon im Vorschulalter. Wir wollen konkrete Reduktionsziele für Analphabetismus festlegen und evaluieren. In öffentlichen Bereichen wollen wir die barrierefreie Kommunikation fördern, um allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Wir verbessern die Bedingungen für die Wissenschaft

Mehr Raum für große Ideen

Die großen Herausforderungen unserer Zeit wie die Klimakrise, Pandemien oder auch eine effizientere Nutzung von Rohstoffen können wir nur mit der Hilfe von innovativen Lösungen und Fortschritt bewältigen. Der Markt kann dabei nicht alles allein. Bei der Lösung solcher großer Aufgaben muss der Staat Innovationen missionsorientiert vorantreiben. Er soll klare Zielvorgaben machen, Anreize schaffen, Kooperationen von Unternehmen, Hochschulen und Zivilgesellschaft organisieren und mit gezielter Forschungsförderung und strategischer Industrie- und Beschaffungspolitik Dynamik entfachen. Ein Hochschul-Campus wird hier zum Experimentierraum für reale Veränderungen, der stark mit seiner Umgebung vernetzt ist und Strahlkraft in die ganze Region entwickelt. Große Probleme können nur gemeinsam und umfassend gelöst werden. Wir wollen deshalb die Förderpolitik des Bundes an den VN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) ausrichten. Die zivile Ausrichtung von Wissenschaft ist zentral. Technische, soziale und ökologische Innovationen, die auch in der sozial-ökologischen Forschung verbunden sind, sind für uns gleichwertig. Wir wollen die dringend notwendige nachhaltige Transformation auch durch den Auf- und Ausbau von

Forschungsverbünden

und -infrastrukturen in Deutschland und Europa vorantreiben. Die „Agentur für Sprunginnovation“ (SprinD) soll flexibler ausgestaltet werden, damit sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann. Insgesamt wollen wir die Kompetenz für Wissenschaft und Forschung in allen Ministerien sowie den zentralen, obersten Bundesbehörden stärken und die ressortübergreifende Zusammenarbeit bei den großen Forschungsherausforderungen verbessern.

Unsere Behörden sollen nachhaltigen Wandel ermöglichen und nicht bremsen. Auch den unabhängigen Zugang zum All, wo die Raumfahrt wichtige Erkenntnisse über fundamentale Fragen

gewinnt, gilt es zu erhalten. Deshalb wollen wir die Europäische Weltraumorganisation (ESA) und den Bereich New Space stärken und uns für einen europäischen und neuen internationalen Rechtsrahmen einsetzen, der auch private Akteur*innen reguliert.

Die Wissenschaft auskömmlich finanzieren

Wir wollen die Verantwortung übernehmen, Deutschland als Wissensgesellschaft voranzubringen, beste Bedingungen für Forschung und Innovation zu schaffen und die Vielfalt des Wissenschaftssystems stärken. Dazu gehören herausragende außeruniversitäre Forschungseinrichtungen genauso wie breit aufgestellte Hochschulen mit Spitzenforschung. Wir wollen erreichen, dass Staat und Unternehmen bis 2025 insgesamt mindestens 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung investieren und perspektivisch die Investitionen weiter ausbauen. So ermöglichen wir mehr Kreativität, Freiräume, auch mal Neuland zu betreten, und internationale Vernetzung und schaffen Planbarkeit für die Forschungslandschaft. Außerdem brauchen wir eine auskömmliche Grundfinanzierung in der Wissenschaft, um die Abhängigkeit von den in den letzten Jahren stark gestiegenen Drittmitteln wieder einzudämmen. Damit die eingesetzten Drittmittel zusätzliche Dynamiken freisetzen können, wollen wir öffentliche Drittmittel länger als die üblichen drei Jahre aufsetzen und die übernommenen Overheadkosten an den tatsächlich anfallenden Kosten orientieren. International sichtbare universitäre Spitzenforschung soll auch vermehrt den Studierenden zugutekommen und wir wollen die Exzellenzstrategie kooperativ weiterentwickeln.

Mit den Ländern wollen wir den Zukunftsvertrag Studium und Lehre sowie den Pakt für Forschung und Innovation verstetigen und qualitativ voranbringen. Auskömmliche und nachhaltige Finanzierung erhöht auch in zukünftigen Krisen die Reaktionsfähigkeit des Wissenschaftssystems. Denn die Zukunft unseres Landes hängt auch davon ab, wie flexibel und frei unsere Forschungslandschaft ist.

Wissenschaft für alle

In Zeiten von Informationsfilterblasen und Verschwörungsideologien einerseits und epochalen neuen Herausforderungen andererseits ist wissenschaftliche Beratung und die verständliche Vermittlung wissenschaftlicher Methodik wichtiger für die demokratische Debatte denn je. Die Fähigkeiten des richtigen Umgangs mit Informationen und wissenschaftlichen Erkenntnissen sind fundamental für eine aufgeklärte Gesellschaft. Eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft durch partizipative und vernetzende Formate, ein sicherer Zugang zu Informationen für alle sowie die verständliche Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse sind Voraussetzungen für ein konstruktives, sich gegenseitig stimulierendes Verhältnis von

404 Wissenschaft und Gesellschaft. Außerdem wollen wir die Wissenschaftskommunikation stärken
 405 und die Aus- und Weiterbildung von Wissenschaftler*innen in diesem Bereich fördern. Durch
 406 mehr partizipative Formate wie Reallabore, Citizen-Science oder Experimentierräume kann die
 407 Gesellschaft besser an Forschungsvorhaben teilhaben. Das bringt weitere Perspektiven ein und
 408 hilft, reale Veränderungsprozesse wissenschaftlich zu begleiten. Im Kontext
 409 wissenschaftsgeleiteter Politik wollen wir inter- und transdisziplinäre wissenschaftliche
 410 Expertise frühzeitiger – etwa durch „Gesetzgebungslabore“ – in die Politikentwicklung
 411 einbeziehen. Die Technikfolgenabschätzung und das Monitoring der gesellschaftlichen Folgen
 412 politischer Maßnahmen sollten ausgebaut werden, um Entscheidungsträger*innen zu
 413 unterstützen.

414 **Hochschule fit für morgen machen**

415 Wir wollen an Hochschulen eine nachhaltige, klimagerechte und barrierefreie Modernisierung
 416 ermöglichen, die auch digitale Infrastruktur und die IT-Sicherheit mit einschließt. Wir
 417 werden sie dabei unterstützen, neue Lösungen für den Klimaschutz zu entwickeln und vor Ort
 418 als Reallabore für Klimaneutralität Ideen praktisch erproben zu können. Darüber hinaus
 419 werden wir über eine Digitalisierungspauschale die IT-Infrastruktur an Hochschulen stärken
 420 und die IT-Barrierefreiheit einfordern, Aus- und Weiterbildung der Lehrenden ausbauen und
 421 digitale Beratungs- und Betreuungsangebote für Studierende ausweiten. Der Zugang zu
 422 Forschungs- und Bildungsdaten soll erleichtert und FAIR Data das Grundprinzip werden. Wir
 423 wollen zudem Open Access bei Publikationen zum Standard erklären und als wissenschaftliche
 424 Leitidee stärker fördern und zusammen mit der Wissenschaft vorantreiben. Die dadurch
 425 anstehende Reform der Finanzierung wissenschaftlicher Publikationen darf nicht zu Lasten der
 426 Forscher*innen oder ihrer Einrichtungen gehen. Hochschulen sind Zukunftslabore für
 427 Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Als Schlüsselakteur*innen unseres Innovations-
 428 und Bildungsökosystems tragen sie die Verantwortung für die Bildung der Gestalter*innen
 429 unserer Zukunft und für die Erneuerungsfähigkeit von Wissenschaft und Gesellschaft. Wir
 430 wollen die
 431 nationale Forschungsdateninfrastruktur stärken und die Chancen der europäischen Cloud für
 432 Wissenschaft und Forschung ergreifen. Zu einer zukunftsfesten Infrastruktur an den
 433 Hochschulen gehören moderne Bibliotheken, Lehr- und Lernräume, die klimafreundliche
 434 Sanierung von in die Jahre gekommenen Hochschulbauten sowie Nachhaltigkeit und
 Klimaschutz
 435 für Neubauten in der Wissenschaft. Auch wollen wir den Nationalen Aktionsplan „Bildung für
 436 Nachhaltige Entwicklung“ vollumfänglich umsetzen und auch an den Hochschulen die
 Entwicklung
 437 neuer Lehr- und Lernformate unterstützen, um den großen gesellschaftlichen
 Herausforderungen
 438 unserer Zeit begegnen zu können. Wir wollen die Einheit von Forschung und Lehre an den
 439 Hochschulen stärken. Um gute Lehre für alle Studierenden sicherzustellen, wollen wir
 440 Betreuungsrelationen verbessern und die „Stiftung Innovation in der Hochschullehre“ stärken,
 441 um beste Praxis in die Fläche zu bringen. Gute Lehre ist für uns studierendenzentriert,
 442 forschungs- und projektorientiert, sie basiert auf Methoden- und Perspektiven-Vielfalt, sie
 443 stärkt Neugierde und Gestaltungskompetenz. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir darauf
 444 hinwirken, dass Studierende Zugang zu guten Beratungsdienstleistungen haben. Mit einer
 445 Offensive für studentisches Wohnen fördern und sichern wir günstigen Wohnraum für
 446 Studierende.

447 **Bessere Arbeitsbedingungen und sichere Berufswege**

448 Sichere Arbeitsbedingungen und gleiche Karrierechancen für alle sind die Voraussetzungen für
 449 eine lebendige und innovative Wissenschaftslandschaft, die auch für Wissenschaftler*innen
 450 aus dem Ausland attraktiv ist. Für Nachwuchswissenschaftler*innen gibt es vor allem an
 451 Hochschulen jedoch kaum planbare und sichere Berufswege. Das gefährdet den Forschergeist
 und
 452 verschleudert Potenziale bei Innovation, Leistung und Qualität. Und es ist für die
 453 Betroffenen eine Zumutung. Wir wollen das Wissenschaftszeitvertragsgesetz weiterentwickeln
 454 und den Anteil der unbefristeten Mitarbeiter*innen-Stellen, insbesondere im Mittelbau,
 455 substanziell erhöhen. Daueraufgaben sollen auch mit Dauerstellen gesichert sein. Hierzu
 456 gehören unbefristete Berufswege neben der Professur, um Hierarchien abzubauen und die
 457 kooperativen Arbeitsweisen in der Wissenschaft zu stärken. Die Qualifizierung im Rahmen der
 458 Sachgrundbefristung wollen wir klar definieren und die familienpolitische Komponente
 459 verbindlich ausgestalten. Die Tarifsperre soll entfallen. Das Tenure-Track-Programm wollen
 460 wir weiterentwickeln, damit frühzeitig nach der Promotion sichere Berufswege entstehen.
 461 Gerade in der Lehre werden viele Aufgaben weiterhin oft über schlecht bezahlte Lehraufträge
 462 abgedeckt. Wir wollen den Stellenwert der Lehre erhöhen und dafür entfristete Stellen
 463 schaffen. Die Wissenschafts- und Hochschullandschaft ist immer noch vorwiegend männlich,
 464 weiß, westdeutsch und von Menschen aus akademischen Elternhäusern geprägt und bildet
 somit
 465 die Vielfalt der Gesellschaft nur unzureichend ab. Dadurch gehen wichtige Potenziale und
 466 Perspektiven verloren. Das wollen wir durch die gezielte Förderung von Diversität an
 467 Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen, Förderformate für Diversitäts- und
 468 Antidiskriminierungspolitik, chancengerechte Zugänge, gleichberechtigte Integration,
 469 Inklusion und Perspektivenvielfalt ändern, damit sich die gesellschaftliche Vielfalt auch
 470 auf dem Campus widerspiegelt. Nur ein Viertel aller Professuren in Deutschland sind durch
 471 Frauen besetzt. Hinzu kommt, dass viele junge Wissenschaftlerinnen nur in befristeten
 472 Arbeitsverhältnissen sind. Dies sind strukturelle Hindernisse, die es abzubauen gilt. Wir
 473 wollen einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent auf allen Ebenen durch die Einführung
 474 konkreter Zielquoten, eine Strategie für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im
 475 Wissenschaftsbereich, die Einführung eines verbindlichen Kaskadenmodells sowie den Ausbau
 476 des Professorinnenprogramms erreichen. In allen Beschäftigungsverhältnissen wollen wir
 477 flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen, die es erlauben, Care- und Familienarbeit zu
 478 leisten. Eine größere Diversität in der Wissenschaft hilft auch, geschlechterspezifische
 479 Datenlücken zu verringern und neue Perspektiven einzubringen.

480 **Wissenschaftsfreiheit verteidigen**

481 Politisches Handeln in der geistigen Tradition der Aufklärung sowie die Orientierung an den
 482 Erkenntnissen der Wissenschaft stehen immer stärker unter Druck, auch in Deutschland. Dem
 483 stellen wir uns entgegen und wollen gemeinsam mit den Wissenschaftsorganisationen
 Strategien
 484 gegen menschenfeindliche, diskriminierende und verschwörungsideologische Anfeindungen
 gegen
 485 Wissenschaftler*innen entwickeln. Wir wollen weltweit verfolgte Wissenschaftler*innen und
 486 Studierende hier in Deutschland und auf EU-Ebene besser schützen und ihnen im Exil eine
 487 Perspektive bieten. Dazu wollen wir die vorhandenen Programme und Initiativen vom Bund

488 besser finanzieren und koordinieren sowie einen gemeinsamen europäischen Fonds aufbauen.
Die
489 Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen und die Visavergabe sollen vereinfacht
490 werden. Konsequenterweise werden wir Angriffen auf die Wissenschaftsfreiheit in anderen Staaten der
491 EU, etwa in Ungarn, widersprechen und uns für die Sanktionierung im Rahmen des
492 Rechtsstaatsmechanismus einsetzen. Die Stärkung der Wissenschaftsfreiheit muss zentraler
493 Aspekt der Außenpolitik sein. Dafür wollen wir die Außenwissenschaftspolitik ausbauen und
494 die Mittlerorganisationen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik besser finanzieren.
495 Sensible Daten sowie die Forscher*innen, die diese für ihre Arbeit nutzen, wollen wir vor
496 behördlichem Zugriff schützen. Es muss wirksamen Schutz gegen Anfeindungen geben, wie sie
497 mittlerweile auch Forscher*innen und ausländische Studierende häufig erleben. Ein
498 kritischer Diskurs und eine Vielfalt an Meinungen innerhalb der Hochschulen und der
499 Wissenschaft sind Voraussetzung für eine demokratische, pluralistische Gesellschaft. In
500 Zeiten zunehmender Polarisierung gesellschaftlicher Debatten sind wir auf die Wissenschaft
501 als sachlich-rationalen Diskursraum angewiesen. Auch kontroverse Themen und Fragen müssen
in
502 diesem Raum konstruktiv erörtert werden können.